

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Rates
am Dienstag, 04.04.2017, 18.00 - 19.00 Uhr**

1. Fragestunde für Einwohner

Außer dem Pressevertreter waren keine Zuhörer anwesend.

2. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses nach § 116 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zum 31.12.2010 und 31.12.2011

Kämmerer Boden verwies auf die ergänzende Tischvorlage und erläuterte die Sach- und Rechtslage. Stadtverordneter Krökel verwies in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ausschussvorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses auf dessen einstimmigen Empfehlungsbeschluss.

Der Rat beschloss sodann auf der Grundlage des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses vom 29.03.2017 **einstimmig**, den Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses gem. § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW für das Jahr 2010 und 2011 zu bestätigen und den Verzicht der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

3. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Monschau zum 31.12.2011, Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung der Bürgermeisterin

Kämmerer Boden berichtete ausführlich vom Werdegang der (einstimmigen) Beschlussfassung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 29.03.2017.

Sodann beschloss der Rat **einstimmig**:

1. Der Rat der Stadt Monschau stellt nach § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2011 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung vom 29.03.2017 geprüften Fassung fest. Der ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 6.308.229,98 € wird der Allgemeinen Rücklage entnommen.
2. Der Rat der Stadt Monschau erteilt der Bürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung.
3. Der Rat der Stadt Monschau beauftragt die Verwaltung, den Jahresabschluss 2011 samt Anlagen der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

4. 3. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 8, "Anpassung Steinrötsch II / Rulertsweg";
 - a) Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 I und 4 I BauGB
 - b) Abwägung der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. §§ 3 II und 4 II BauGB
 - c) Satzungsbeschluss gemäß § 10 I BauGB
 - d) Erlass einer Gestaltungssatzung nach § 86 I BauO NRW für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes
-

Der Rat beschloss *einstimmig*

- a) über die während der frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 I und 4 I BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

1. **Behörden und Träger öffentlicher Belange**

- 1.1 **Städteregion Aachen**

A70 – Umweltamt Bodenschutz und Altlasten

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

A70 – Umweltamt Natur und Landschaft

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

A63 – Amt für Bauaufsicht und Wohnraumförderung

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

2. **Öffentlichkeit**

Es sind keine Anregungen und Bedenken eingegangen.

- b) über die während der Offenlage gem. §§ 3 II und 4 II BauGB eingegangenen Stellungnahmen auf Grundlage des der Vorlage beigefügten Abwägungsvorschlages wie folgt:

1. **Behörden und Träger öffentlicher Belange**

- 1.1 **Städteregion Aachen**

A 70 Umweltamt - Gewässerschutz

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

A 70 Umweltamt - Bodenschutz und Altlasten

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

- 1.2 **regionetz GmbH**

Die Hinweis wird zur Kenntnis genommen

- 1.3 **Landesbetrieb Straßenbau NRW**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

2. **Öffentlichkeit**

Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- c) die 3. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 8 „Anpassung Seinrötsch II / Rulertsweg“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

- d) die als Anlage beigefügte Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Imgenbroich Nr. 8 „Anpassung Steinrötsch II / Rulertsweg“ gem. § 86 Abs.1 BauO NRW.

5. Erlass einer Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Vor- und Übermittagsbetreuung

Stadtverordneter Kühn verwies auf die Sitzung des Bildungsausschusses vom 21.03.2017 und bat hinsichtlich der Beitragsfreiheit von Pflegekindern, die Anzahl der betroffenen Kinder und die Handhabung in den übrigen städteregionsangehörigen Kommunen mitzuteilen.

Allgemeiner Vertreter Mertens sagte dies für die nächste Sitzung des Bildungsausschusses zu. Stadtverordneter Kreitz wünschte sich für die Zukunft im Sinne der Eltern flexiblere Angebote, die jedoch derzeit aufgrund der Rechtslage nicht umzusetzen seien.

Der Rat der Stadt Monschau beschloss sodann **einstimmig** die der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Vor- und Übermittagsbetreuung (früher : „Schule von acht bis eins“) der Stadt Monschau im Primarbereich.

6. Namensänderung für die Katholische Grundschule Kalterherberg-Mützenich

Einstimmig beschloss der Rat:

Die Katholische Grundschule Kalterherberg-Mützenich erhält ab dem nächsten Schuljahr den Namen Katholische Grundschule Höfen-Mützenich.

7. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; Aufhebung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 17.01.2017 sowie Erlass der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 21.03.2017

Einstimmig genehmigte der Rat die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung vom 21.03.2017.

8. Wald- und Naturlehrpfad in Rohren; Abschluss eines Vertrages mit dem Verein für Heimatgeschichte Rohren e.V.

Ortsvorsteherin Haake wies darauf hin, dass der Sportverein „Bergwacht“ Rohren aus rechtlichen Gründen zur Vertragsauflösung gezwungen sei und dies sehr bedaure.

Der Rat beschloss sodann **einstimmig**, rückwirkend zum 31.12.2016 den Vertrag mit dem Sportverein „Bergwacht“ Rohren 1927 e.V. aufzulösen und mit Wirkung ab dem 01.01.2017 mit dem Verein für Heimatgeschichte Rohren e. V. einen neuen Vertrag gleichen Inhalts abzuschließen.

9. Rückzahlung der Rückstellung des Landschaftsverbandes Rheinland Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2017

Nach kurzer Erläuterung des Antrages durch Fraktionsvorsitzenden Mathar beschloss der Rat **einstimmig**:

Der Rat der Stadt Monschau fordert die Städteregion Aachen auf, die Rückerstattungen des Landschaftsverbandes Rheinland aus der Auflösung der Rückstellung an die regionsangehörigen Kommunen entsprechend weiterzugeben.

10. Anfragen der Ratsmitglieder

10.1 Anfrage des Stadtverordneten Alt zum Altpapiercontainer in Kalterherberg

Bürgermeisterin Ritter erläuterte, dass der Container abgeschafft werde, wenn er aufgrund Einführung der Papiertonne nicht mehr angenommen werde.

10.2 Anfrage des Stadtverordneten Alt zum Friedhof in Kalterherberg

Ortsvorsteher Rader bestätigte, dass zur Zeit die Vorbereitungen für die Anlegung eines Feldes für halbanonyme Baumbestattungen laufen.

10.3 Anfrage des Stadtverordneten Kreitz zur Deutschen Glasfaser GmbH

Bürgermeisterin Ritter bestätigte Gespräche mit der Deutschen Glasfaser, zunächst werde die Gesellschaft jedoch Bedarfsabfragen in den Gemeinden Roetgen und Simmerath machen (aufgrund der Nähe zum Knoten Oberforstbach).

10.4 Anfrage des Stadtverordneten Kreitz zum Baugebiet Am Feuerbach/In der Vlötz

Bürgermeisterin Ritter erläuterte, man warte zur Zeit auf das landesplanerische Einvernehmen durch die Bezirksregierung Köln.

10.5 Anfrage der Stadtverordneten Olschewski zu den Bioabfallcontainern der regio entsorgung

Stadtverordnete Olschewski bemängelte die Höhe und damit die schlechte Erreichbarkeit der Container. Die Verwaltung sagte zu, die regio entsorgung um Überprüfung und evtl. Abhilfe zu bitten.

10.6 Anfrage des Stadtverordneten Krökel zum Neubau Kindergarten Konzen

Stadtverordneter Krökel verwies auf eine erforderliche Alternativtrasse für den Monschau Marathon und den Wegfall der Rodelbahn. Bürgermeisterin Ritter zeigte sich zuversichtlich, dass der TV Konzen gute Lösungen finden werde.

10.7 Anfrage der Stadtverordneten Mertens, Mathar und Kreitz zum Stand der Internetanbindung in den Ortschaften Höfen, Kalterherberg und Konzen

Bürgermeisterin Ritter versicherte, die Verwaltung stehe in ständigem Dialog mit der Telekom. Auf die von der Telekom vergebenen Tiefbauarbeiten habe die Stadt nur sehr eingeschränkten Zugriff. Hinsichtlich der „weißen Flecken“ werde ein Bündelungsantrag gestellt.

10.8 Anfrage des Stadtverordneten Mathar zum Projekt Seniorenwohnungen Mützenich

Auf die Frage nach dem Sachstand zum Projekt sah Bürgermeisterin Ritter derzeit den Rat nicht in der Pflicht. Weitere Einzelheiten, die mit der Person des Investors zusammenhängen, werde sie in nichtöffentlicher Sitzung erläutern.

11. Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Beteiligungsbericht 2011

Anmerkungen hierzu ergaben sich nicht

11.2 Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Anmerkungen hierzu ergaben sich nicht.

11.3 Ratsinformation am 25.04.2017 um 18.00 Uhr zur Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft zwischen EWV und STAWAG

Die Einladung zur Informationsveranstaltung ist dieser Niederschrift beigelegt.

11.4 Strukturdatenvergleich Jobcenter Städteregion Aachen und Monschau

Bürgermeisterin Ritter zeigte sich erfreut über das Ergebnis des Strukturdatenvergleiches (Anlage zu dieser Niederschrift).